

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

[urn:nbn:de:gbv:45:1-61100](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-61100)

Der Beobachter.

Ein Volksblatt.

Wöchentlich erscheinen zwei Nummern in 1/2 Bogen Der Vor aus bezahlungspreis ist für auswärtige Abonnenten, einschließlich des Oldenburgischen Postporto's, vierteljährlich 36 Gr.; für die Abonnenten der Stadt Oldenburg 34 Gr. frei ins Haus.

V. Jahrgang.

Dienstag, den 14. November 1848.

N^o 91.

Der Landtag in der öffentlichen Meinung.

„Erhebt nur viel Gezänk und Streit
Bei jedem Wort von Wichtigkeit;
Verdreht, verkehrt, verschreit, verwirrt,
Bis gar nichts aus der Sache wird.“

Während wir den Verhandlungen unseres Landtags mit großem Interesse folgen, und mit Ausnahme weniger Punkte all seinen Beschlüssen unseren vollen Beifall zu erkennen geben, sehen und vernehmen wir zu nicht geringem Erstaunen, daß verschiedentlich bei unserem Landtage Adressen eingingen, in welchen ihm von einer nicht geringen Anzahl meist auf dem platten Lande gesammelter Unterschriften, nicht blos ein Mißtrauen bezeigt, sondern derselbe sogar im Namen des Volks gebeten wird, sich aufzulösen, um würdigeren Personen Platz zu machen und zwar deshalb, weil er für das unbedingte Veto der Staatsregierung und für indirekte Wahlen sich erklärt hat. Man sollte sich zwar in jegiger Zeit über nichts mehr wundern; auch würden wir, bekannt mit der Art und Weise, wie diese Unterschriften zu Stande gebracht sind*), denselben nicht das mindeste Gewicht beilegen, müßten wir nicht mit Grund befürchten, daß sie auf gewisse schwache Gemüther in der Ständeversammlung einen gar großen Eindruck machen und dieselben am Ende von ihrer einmal gefaßten Ueberzeugung abbringen könnten. Das ist auch sehr natürlich. Denn gar Mancher beurtheilt die Sache so: so lange Niemand sich anders ausdrückt, müssen jene Unterschriften als die Stimme des Volks hingenommen werden. Darin liegt ein großer Uebelstand und eine schwere Anklage für diejenige große Mehrzahl begründet, die, von einer gegentheiligen Ueberzeugung

*) Auch ein oder mehrere Frauenzimmer haben sich theiligen müssen, und eine Menge von Namen soll durchaus unlesbar geschrieben sein.

durchdrungen, zwar wohl räsonniren, aber nicht handeln mag, und, allzusehr die Ruhe liebend, sich darauf beschränkt, mit souveräner Verachtung auf obige zusammengebrachte Unterschriften herabzusehen, statt wie jene kleine aber rührige Partei bei der Gestaltung der öffentlichen Meinung mitzuwirken und es offen auszusprechen, daß die Versammlung unserer Abgeordneten, namentlich auch hinsichtlich der obengenannten Beschlüsse, vom Vertrauen des Landes getragen wird. Die Gründe für die indirekten Wahlen und das absolute Veto wollen wir hier nicht zur Erörterung bringen, sie sind auf überzeugende Weise in den Landtagsprotokollen niedergelegt. Nur mit wenigen Worten kommen wir weiter unten darauf zurück.

Für die praktische Entwicklung und Befestigung der deutschen Freiheit, der Errungenschaften des Jahres 1848 wäre nichts dienlicher als jenes Solonische Gesetz, welches jedem Staatsbürger gebietet, in öffentlichen Dingen mit seiner Meinung hervorzutreten. Hätten wir in Deutschland ein solches Gesetz gehabt, so würden dem Absolutismus nimmermehr seine Pläne gelungen sein, und hätten wir ein solches Gesetz jetzt, so bräuchten wir weder die Reaction zu fürchten, noch die s. g. Umsturzpartei, noch jene heillose Begriffs-Verwirrung, mit der eine Menge unreifer Köpfe, die über Nacht plötzlich liberal geworden sind und nun zum erstenmale die politischen Dinge an sich heran kommen lassen, ihre verschrobenern Ansichten predigen zum großen Ueberdruße derer, die, gestützt auf die Kenntniß des Menschen und die Erfahrung der Geschichte, wohl wissen, daß nirgends mehr als in politischen Dingen es ankommt auf Klarheit, Maß und Besonnenheit. Betrachten wir einmal den deutschen Michel: früher unter der Zuchttruhe der Polizei, die Schlafmüge über die Ohren, und jetzt bis an den Hals vollgepfropft mit Freiheiten, wie kaum ein anderes Menschenkind auf der

Welt sie aufzuweisen hat. Da fragt denn wohl der wahre Freiheitsfreund mit banger Besorgniß: wird er sie auch verdauen, oder wird ihm vielleicht gar übel darnach werden? Und darin erkennen wir nun die wahre Aufgabe patriotischer Männer in jetziger Zeit, dahin zu streben, daß die errungenen Freiheiten dem Volke ins Fleisch und Blut übergehen, daß es sie zu bewahren wisse und liebzugewinnen lerne, nicht aber in jenem Treiben, welches den Strudel der Bewegung vereizeln möchte und in den Becher der Freiheit allerlei fremdartige Zuthaten mischt, so daß er Gefahr läuft, überzuschäumen und die Hälfte des edlen Freiheitskastens in den Sand verrinnen zu lassen. Auch Völker wie Individuen haben in stufenweiser Entwicklung ihre Geschicke zu vollenden. Wer aber über sein Ziel hinauszugeht, muß nothwendig eine rückgängige Bewegung machen, um es zu erreichen.

Wir und, des sind wir überzeugt, mit uns die größte Mehrzahl derjenigen, die schon vor dem Jahre 1818 mit Ernst und Liebe unter Gefahr und Opfern der Entwicklung politischer Freiheit einen Theil ihrer Thätigkeit widmeten, sind mit den Beschlüssen unseres Landtags wegen der indirekten Wahlen und des unbedingten Veto's der Staatsregierung vollkommen einverstanden und wünschen nichts mehr, als daß bei der zweiten Abstimmung noch eine größere Mehrzahl von Abgeordneten sich dafür erkläre. Mag man immerhin in der Theorie die direkte Wahlart vorziehen, in der Politik gilt nur der praktische Erfolg. Wer aber, der bei uns die Verhältnisse kennt, wird bezweifeln, daß bei einem allgemeinen unbeschränkten Stimmrecht durch die direkte Wahl alle Macht in die Hände derjenigen großen Masse gelegt wird, die nun einmal nach den menschlichen Einrichtungen vom Morgen bis zum Abend um des Leibes Nothdurft sich abmühen muß und daher nicht leicht zu einer selbstständigen Ansicht in politischen Dingen gelangen könne? Wer dann über diese Masse zu gebieten hat, wer durch kirchlich-religiöse Vorstellungen, durch Täuschungen über zu erwartende materielle Vortheile, oder durch — Schnäpse sie zu gewinnen weiß, das ist der Mann, aus dessen Händen das Land seine Vertreter zu empfangen hat. Die Geschichte in Europa hat über das direkte Wahlsystem bei unbeschränktem Stimmrecht den Fluch gesprochen. Weder Belgien, noch England, noch Norwegen kennen dasselbe. Frankreich nahm es an nach seiner ersten Revolution, schaffte es aber bald wieder ab, nachdem es trübe Erfahrungen gemacht hatte. Als die 36 Millionen Franzosen am 24. Februar d. J. das Unglück hatten, daß ihnen von einer kleinen Minderzahl

die Republik an den Kopf geschleudert wurde, mußten sie zwar auch wieder das direkte Wahlsystem annehmen, aber schon jetzt sehen wir Frankreich zittern vor dessen Folgen, indem man mit Grund befürchtet, daß die ohne höhere Einsicht direkt stimmende Menge entweder den Jämmerprinzen Ludwig Napoleon oder den Communisten Raspail an die Spitze der Regierung bringen wird. Frankreich geht mit seiner Republik und seinen direkten Wahlen großen Stürmen entgegen. Mögen die Erfahrungen der Geschichte an uns nicht verloren sein und wir nicht wägen, daß mit dem Jahre 1848 die Menschen plötzlich ganz anders geworden sind und alle Unvernunft aus sich ausgeschieden haben.

Was das Veto anlangt, so tritt von verschiedenen Seiten das Bestreben hervor, die Begriffe des Volks darüber zu verwirren, was um so leichter geschehen kann, da das Wort selbst fremdländisch und ungewöhnlich ist. Man stellt es dar, als sei es ein großes fürstliches Vorrecht, welches den Rechten und Interessen des Volks entgegenstehe, als habe der Fürst darnach soviel Macht wie das Volk selbst. So z. B. wird die Majorität unserer Kammer wegen ihrer Abstimmung für das unbedingte Veto in Nr. 80. d. Bl. auf folgende Weise geschmäht: „wahrlich, wenn solche Männer erklären, Einer verstehe Dein Wohl besser als Du ganzes Volk, Einer wolle Dein Wohl inniger als Du selbst — verdienen sie, Dich zu vertreten?“ — Nicht leicht ist wohl jemals mehr Unsin in weniger Worte gekleidet gewesen! Wie wir die Sache hier und da so haben auffassen hören, ist es uns immer vorgekommen, als wenn Schulknaben über Politik schwätzten. Das unbedingte Veto ist nicht anzusehen als ein besonderes fürstliches Vorrecht, sondern als ein Recht der verantwortlichen Staatsregierung gegenüber den unverantwortlichen Abgeordneten. Es ist ein Recht, welches das souveräne Volk seiner Regierung überträgt, um seine Freiheiten, seine Rechte und Interessen zu schützen, wenn Leidenschaft und Parteilucht die Mehrzahl der Abgeordneten zu ungerechten, verderblichen, übereilten Beschlüssen hureißen sollte. In dieser wahren Bedeutung des Veto's liegt auch dessen Nothwendigkeit. Wo hat denn auch wohl die Monarchie bei einer Volkskammer ohne jenes Veto Bestand gehabt! Aber man will diesen Bestand vielleicht auch gar nicht, man will einen Schritt näher zur Republik. Doch auch in einer Republik ist man noch nie so leichtsinnig gewesen und hat einem Organe die endliche alleinige Entscheidung bei der Gesetzgebung anvertraut. Ueberall hat man entweder einem zweiten Organe oder den Urvätern

selbst das unbedingte Veto gegeben. Versuchen wir es nun doch nicht, eine Staatsform zu erfinden, wie sie die Welt noch nicht gesehen hat und wie sie nicht zum Guten führen kann.

Wir sprechen daher die vollkommenste Ueberzeugung aus, daß die von unseren Abgeordneten geschehene Lösung jener beiden Fragen die allein richtige ist und wünschen nichts mehr, als daß vor Allem diese seine Beschlüsse von der öffentlichen Meinung getragen und gehalten werden.

Dem Herrn =. in Nr 44. der jeberländischen Nachrichten.

Wenn ich hiedurch auf Ihren Aufsatz antworte, so geschieht dies keineswegs, um mich vor dem Publikum zu rechtfertigen, oder des Publikums Urtheil aufzuklären. In dieser Beziehung sind die Beschuldigungen und überhaupt der ganze Inhalt Ihrer Arbeit viel zu einseitig und einseitig. Nur um Ihnen einige Berichtigungen zu machen, ergreife ich die Feder. Ich gehe zur Sache über.

Sie behaupten gleich anfangs, ich sei Politiker vom Hörensagen. Da sie nun aber die Nichtigkeit meiner Aussäße einräumen, wozu dieser nichtsbedeutender Ausfall? Ist es nicht, wenn ich Jemandem eine Nachricht mittheile, gleich viel, wie ich sie erfahren, wenn sie nur wahr? Und wo denn finden Sie die Politik, da ich doch nur einfache Thatsachen mitgetheilt habe? die nemlich, daß der Herr Abg. Chrentraut in der kurzen Zeit, die er in D. zugebracht, so viel praktische Erfahrungen, wie er selbst sagt, gesammelt hat, daß das Veto absolut. vor dem Veto suspens. den Vorzug verdient. Wo liegt hier denn die Politik? Ich bitte Sie, machen Sie sich zuerst besser mit dem Begriff dieses Wortes bekannt, und dann erst schreiben Sie Aufsätze über dies Thema, wenn Sie denn doch einmal an der Schreibmanie leiden. Doch dies sind nur Nebensachen.

In dem Hauptpunkt aber ist es wahrhaft lächerlich, wie sie den Abgeordneten Chrentraut auf eine wahrhaft heroische Weise herauszubeißen suchen. Ich sage heroisch, denn Sie haben sich dadurch der Gefahr ausgesetzt, von dem Publikum für den einfältigsten Mann unter Gottes Sonne gehalten zu werden. Sie nennen nemlich den Abg. Chrentraut einen der freisinnigsten Männer, dem nur der Vorwurf zu großer Ehrlichkeit gemacht werden könne und der deshalb schwankend sei. Das begreife, wer kann. Freisinnig und schwankend sind bei mir zwei ganz feindliche Begriffe, da der wirklich Freisinnige in seinen Ideen einen bestimmten Standpunkt nicht mehr sucht, sondern schon erlangt hat; stellen Sie das Prädikat schwankend hinzu, so fällt folglich der eigentliche Begriff des Wortes "freisinnig" ganz weg. Ueber den Vorwurf zu großer Ehrlichkeit würde sich aber nur dann der Abg. Chrentraut beklagen können, wenn er gegen seine Ueberzeugung für das suspensive Veto gestimmt hätte, um nur seinen Versprechungen nachkommen zu können. Im entgegengesetzten Falle, wenn, wie er sagt, seine

in D. gemachten Erfahrungen ihn hinderten, dem Sinne der Wähler-Majorität gemäß zu stimmen, hätte er seinen Posten abgeben sollen. Das wäre ehrenwerth von Herrn Chrentraut gehandelt gewesen.

Zu guter Letzt bitte ich Sie noch, weder diesen, noch meinen vorigen Aufsatz als einen Beweis anzusehen, daß ich mich zu ihrem Bundesgenossen aufdrängen wolle. Glauben Sie mir, das erbärmliche Machwerk, welches ich von Ihnen gelesen, wird mich stets abhalten, dies zu thun. Und damit Gott befohlen.
Pelihvan.

Die Reaction's Versuche an der Entwicklung eines einzuführenden besseren Schulsystems.

Die Mänke und Fanatisirung der Geistlichen und etlicher einseitig gebildeten Schullehrer in den katholischen Kreisen des Herzogthums Oldenburg (um durch das Volk die Trennung der Schule von der Kirche zu verhüten) wird namentlich von den Herren Geistlichen auf so scandalöse Weise betrieben, daß ich nicht länger Anstand nehmen kann, einige Facta dolosa darüber der Öffentlichkeit zu übergeben, damit man erkennen möge, welche Macht der Clerus über den gewöhnlichen, zum Theil leider fast noch stumpfsinnigen Mann übt, und wie derselbe in dieser Voraussetzung vor der größeren Masse sich selbst nicht schämt, vor einem zum Theil aufgeklärten Publikum Reden zu führen, die sich ein russischer Pope oder ein fanatischer Mohammedaner wohl nur (gegenüber seinem Volke) erlauben könnte, um in Kriegszeiten unter dem Banner des Glaubens das Vaterland vom Feinde zu retten.

So haben wir hier jüngst die Ehre gehabt, einen hochgelehrten wohlweisen Professor und Doctor der Theologie unter dem Deckmantel eines geschichtlichen Politikers der Jetztzeit in diesem Sinne lang und breit zu vernehmen. Jedoch eigentlich vorgebend, daß er gekommen sei, um für das ihm gewordene Vertrauen zu danken, so wie sich wegen dessen Zurückgabe resp. Aufgeben seines ihm gewordenen Auftrags zu rechtfertigen. Dieses Bestere, müssen wir ihm einräumen, hat derselbe durch sein erwiesenes Redneralent hinlänglich bewiesen, so daß derselbe im Allgemeinen als für unfähig erklärt wurde, sowohl in dieser Beziehung als auch in Hinsicht seines Characters das Zutrauen seiner Wähler für hier, nachdem man ihn kennen gelernt hatte, nicht gerechtfertigt zu haben.

Eben so ist nun schon früher von allen katholischen Kanzeln mit Eifer gepredigt, sich der Trennung der Schule von der Kirche auf's Nachdrücklichste zu widersetzen. Zu diesem Zwecke wurden Petitionen an geeigneten Orten ausgesetzt, oder präsentirt, und, je nachdem dabei entweder von einem Geistlichen oder von einem Schullehrer unter den unerhörtesten Entstellungen aller Art von einem kirchlich getrennten Zustand der Schule in Beziehung auf Religion u. räsonnirt. Die Folge davon war, daß sich Petitionäre in Hülle und Fülle fanden; — wer es aber auch gewagt hätte, dagegen zu protestiren, würde der Verzeichnung eines Regers

nicht entgangen sein. Ja! ich habe heute gesprochen, die auf guten Glauben hin unterzeichneten und gar nicht einmal wußten, was sie unterzeichnet hatten.

Dieses sind die factischen Entstellungen der in Masse von den katholischen Kreisen beim Landtage eingegangenen Petitionen, um die katholischen Schulen unter den Protectionen der Kirche resp. der Geistlichkeit zu erhalten.

Wie ist es möglich, sage ich, in unseren Tagen noch solche krasse Handlungen von den Nachfolgern Christi sehen und hören zu müssen, die doch nur zu sehr das leidliche Panier eines Pfaffen-Interesses an der Stirn tragen, d. h. kein geistiges fürs Volk, sondern ein leibliches für sich selbst. Weshalb sie daher auch alles Mögliche anbieten, um die Trennung der Schule von der Kirche zu verhindern.

Daß hierin für sie ein richtig beurtheiltes Erkenntniß liegt, ist wohl nicht zu verkennen; denn wird die Schule von der Kirche getrennt, so hat der Clerus seine Volksmacht verloren, deren Folgen unberechenbar sind, und gewiß sich dahin zuerst geltend machen wird, daß man über kurz oder lang eben so mit ihm verfährt, wie dies bereits mit den Fürsten geschieht.

Ich frage daher meine katholischen Mitbürger, bedürfen wir nicht einer wesentlichen Verbesserung unsers Schulwesens und demgemäß einer bedeutenden Reform desselben? auf welchem Wege würden wir diese aber am ersten und zweckmäßigsten erlangen? — daß wir sie auf dem bisher eingeschlagenen Wege nicht erlangen werden, davon haben wir Beweise genug; wohl aber, wenn wir selbst dazu mitwirken können, und dazu haben wir nur dann Gelegenheit und freie Hand, wenn wir das Schulwesen dem Clerus aus den Händen reißen, und es unter die Protection eines konstitutionellen Staates stellen; alsdann haben wir (das Volk) durch unsere Abgeordneten beim Landtage die Kraft und die Aussicht dazu, unsere Wünsche hundertmal eher realisiert zu sehn, als wenn nur der Absolutismus der Geistlichkeit herrscht, die nur in ihrem persönlichen Interesse handelt.

Und träte auch der Fall ein, daß unsere Schulen vom Staate mal mit Lehrern besetzt würden, die nicht nach unserem konfessionellen Sinne lehrten, so würden diese (wie der gesunde Sinn eines schlichten Bürgers dem Herrn Doctor richtig bemerkte), wenn sie zwei Tage diesem zuwider lehrten, am dritten wieder heimgeschickt werden.

Cloppenburg, den 7. Novbr. 1848.

Ein Katholik.

Zwei „Vertrauens-Adressen“.

Heute werden hier zu zwei Adressen an unsern Landtag Unterschriften gesammelt. Beide haben wohl denselben Zweck, nämlich: den Adressen gegen das absolute Veto und die indirekten Wahlen entgegen zu wirken.

Die eine geschriebene ist indeß ziemlich allgemein gehalten, und wenn nicht mehrere Adressen gegen das

absolute Veto und die indirekten Wahlen beim Landtage eingekommen wären, so würde es schwer halten, aus der Fassung ihre Farbe zu erkennen. Die Unterschriften erklären sich mit den „meisten wesentlichen Beschlüssen“ einverstanden. Die andere ist entschieden und zollt den Ständen ihre Anerkennung, weil dieselben die indirekte Wahl und das absolute Veto beschlossen haben. Diese gedruckte Adresse soll dem Vernehmen nach in mehreren Exemplaren ins Land geschickt werden, wahrscheinlich um durch eine „Monier-Adresse“ zu beweisen, daß die Stände in den genannten Beschlüssen auch die Stimme des Volkes getroffen haben. (?)

Es werden darin die Vorzüge der indirekten Wahl und des absoluten Veto's hervorgehoben. Daß in einem Suspensiv-Veto auch schon Bürgerschaft genug liegt, um übereilte Beschlüsse unschädlich zu machen; beim absoluten Veto dagegen die Volkssouveränität ein leerer Schall ist, da dann z. B. eine Abänderung im Staatsgrundgesetz nicht ohne den Willen eines Einzelnen möglich ist; die Stände damit sich also entweder die Befähigung zusprechen, ein entsprechendes Grundgesetz für unbegrenzte Zeiten verfassen zu können, oder die Gewißheit haben müssen, ein Oldenburger Fürst werde für alle Zeiten sein Veto nicht mißbrauchen; — das wird natürlich in der Adresse nicht gesagt.

November 11.

6.

Der „Lohn der Abgeordneten“.

Wenn jeder Staatsbürger sich den von seinen Vertretern gefaßten Beschlüssen unbedingt unterwerfen muß, sobald dieselben zum Gesetz erhoben sind, so hat er doch auch nicht nur das Recht, sondern die Pflicht, sich über die Beschlüsse der Stände, so lange dieselben noch nicht feststehen, offen auszusprechen; gleichviel ob es den Abgeordneten angenehm oder unangenehm ist. Man fürchte nicht, durch Mißbilligung der Beschlüsse den „Lohn der Abgeordneten“ zu schmälern. Der wahre Lohn besteht nicht in der öffentlichen Anerkennung, sondern in dem Bewußtsein: „ich habe recht gethan“.

Berichtigung. In Nr. 89. d. Bl. in dem Artikel: „Wie die Großherzogtl. Kammer die inländische Industrie beschützt!“ hat sich ein Verthum eingeschlichen; anstatt: „daß von jetzt an das Wangeroger Salz noch 2/3 die Last höher besteuert werden soll“, muß es heißen: „daß von jetzt an das Wangeroger Salz noch ungefähr um 3 Thaler die Last höher besteuert werden soll, als das Englische Salz!!!“

Marktpreise in Oldenburg.	Montag 6. Novbr.		Mittwoch 8. Novbr.		Sonntag 11. Novbr.	
	fl.	gr.	fl.	gr.	fl.	gr.
Rocken . . . pr. Scheffel	—	36	—	36	—	36
Buchweizen . . . „	—	24	—	24	—	24
Rockenbrod . . . pr. Scheffel	—	—	—	—	—	—
Kartoffeln . . . „	—	12	—	12	—	12
Erdbeeren . . . pr. Pfund	—	10	—	10	—	10
Speck . . . „	—	—	—	—	—	—
Butter . . . „	—	12	—	12	—	12
Gier . . . pr. Dugend	—	9	—	—	—	8
Bohnen . . . pr. Kanne	—	—	—	—	—	—
Erbsen . . . „	—	—	—	—	—	—

Der Beobachter.

Ein Volksblatt.

Wöchentlich erscheinen zwei Nummern in $\frac{1}{2}$ Bogen. Der Vorauszahlungspreis ist für auswärtige Abonnenten, einschließlich des Oldenburgischen Postporto's, vierteljährlich 36 Gr.; für die Abonnenten der Stadt Oldenburg 34 Gr. frei ins Haus.

V. Jahrgang.

Freitag, den 17. November 1848.

N^o 92.

Au den Landtag zur Vereinbarung des Staatsgrundgesetzes in Oldenburg.

Mit gespannter Aufmerksamkeit ist das Volk Ihren Berathungen und Beschlüssen gefolgt; der bedeutende Abgang der Landtagsprotokolle kann Ihnen davon Zeugnis geben.

Auch wir haben freudig manchen Ihrer Berathungen und Beschlüsse unsern herzlichsten Beifall zugerufen, da Sie sich bewußt zu sein schienen, daß der Wille des Volks von Ihnen rein und unbedingt zur Anerkennung zu bringen sei.

Um so mehr hat es uns daher geschmerzt, als wir sahen, daß gerade bei den wichtigsten und höchsten Fragen, wo es sich darum handelte, die rechte Grundlage für den ganzen Neubau zu gewinnen, Ihr Muth erlahmte, und Ihre Kraft nicht hinreichte, um Sie bei dem Grundsatz, daß der Volkswille unbedingt herrschen müsse, fest zu erhalten.

Sie haben mittelbare Wahlen und ein unbedingtes Widerspruchsrecht des Fürsten gegen alle Beschlüsse der Stände zugestanden.

Sie haben dadurch das Volk für unmündig erklärt, haben dadurch das natürliche Recht des Volks, seine Vertreter unmittelbar selbst zu wählen, verletzt, und durch Verwerfung der unmittelbaren Wahlen das beste und wirksamste Mittel zur Hervorrufung eines freien und frischen politischen Lebens von sich gewiesen. Sie haben durch die Bewilligung des unbedingten Widerspruchsrechts des Fürsten den Grundsatz der unbedingten Herrschaft des Volkswillens, den Grundsatz der Volkssouveränität, zertreten, diesen Grundsatz, welcher alle Errungenschaften der Märzumwälzung in einem Ganzen zusammenfaßt, und welcher durch die Beschlüsse der

Her für uns fast schon ein errungenes Recht war, auf welches Sie wenigstens, statt darauf freiwillig zu verzichten, mit aller Kraft und Anstrengung hätten bestehen sollen.

Zu solchen Beschlüssen sind Sie durch ängstliche Besürchtungen, durch Mangel an Vertrauen zu dem gesunden Sinn und Urtheil des Volks gekommen. Sie haben gefürchtet, es würden sich die einzelnen Theile des Staats, es würden die Protestanten die Katholiken, die Geesbewohner die Marschbewohner, die Grundbesitzer die Gewerbetreibenden, durch einseitig durchgesetzte Mehrheitsbeschlüsse der Kammer tyrannisieren, und haben deshalb für nöthig gehalten, einen obersten Wächter und Vormund über die Partbeien, in der Person des, mit dem absoluten Veto bekleideten Fürsten zu stellen.

Wir können alle diese ängstlichen Besürchtungen nicht theilen. Wir haben so viel Vertrauen zum Volke und seinen gewählten Vertretern, wir erwarten von denselben so viel wahren Gemeinmuth, daß jeder Einzelne nicht, wie Sie es annehmen, nur sein Sonderinteresse, sondern das Wohl des Ganzen vertreten wird.

Uebrigens wollen ja auch wir nicht, daß jeder einzelne Mehrheitsbeschluß der Kammer sofort Gesetz werde. Das könnte allerdings zu einer tyrannischen Herrschaft einer Parthei, welche gar den wahren Willen des Volks nicht vertritt, führen. Wir wollen dem Fürsten ja auch ein Recht der Zustimmung, und der Aufschübung seiner Zustimmung zugestehen. Gegen den Willen des Fürsten soll nach unserer Meinung nur dann ein Beschluß der Stände Gesetz werden, wenn derselbe wiederholt von mehreren neugewählten Ständerversammlungen, und jedesmal mit bedeutender, vielleicht $\frac{2}{3}$ Stimmenmehrheit gefaßt ist.

Ein solcher Beschluß aber, welcher wiederholt von den Ständen mit $\frac{2}{3}$ Stimmen angenommen wird, ist